

WSI-Standortbericht 2002: „Schlusslicht Deutschland“ – eine makro- ökonomische Interpretation

Eckhard Hein
Bernd Mülhaupt
Achim Truger

Angesichts des unerwartet starken konjunkturellen Einbruchs besonders in Deutschland in diesem und im letzten Jahr ist die Standortdebatte hierzulande wieder aufgeflammt. Im beginnenden Wahlkampf wird die Debatte diesmal unter dem Stichwort „Schlusslicht Deutschland“ geführt. Wie zu erwarten, wird fast überall der Ruf nach „strukturellen“ Reformen, besonders nach der (weiteren) Deregulierung des angeblich „verkrusteten“ und damit scheinbar für die schlechte deutsche Performance verantwortlichen Arbeitsmarktes laut. Im Mittelpunkt des WSI-Standortberichts steht daher diesmal – neben den üblichen Leistungsfähigkeitsindikatoren – eine Analyse der möglichen Ursachen für Deutschlands „Schlusslichtposition“ in der Europäischen Währungsunion. Müssen die Arbeitsmärkte wirklich (weiter) dereguliert werden? Oder gibt es eine plausible alternative makroökonomische Erklärung, mit der sich Deutschlands Probleme auf ungünstige Rahmenbedingungen und die schlechte Abstimmung der makroökonomisch zentralen Politikbereiche Lohn-, Geld- und Finanzpolitik zurückführen lassen? Der Standortbericht zeigt, dass Letzteres der Fall ist.

1

Einführung

Wie wir im letzten WSI-Standortbericht (Hein/Mülhaupt/Truger 2001, S. 351) vermutet hatten, ist die Standortdebatte in Deutschland mit dem unerwartet starken konjunkturellen Einbruch in 2001 und 2002 auf das Heftigste wieder aufgeflammt. Gerade im beginnenden Wahlkampf wird die Debatte diesmal unter dem Stichwort „Schlusslicht Deutschland“ geführt, da Deutschland von dem konjunkturellen Einbruch besonders betroffen war und nun bei Wachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizit innerhalb der Währungsunion auf den hinteren Plätzen liegt. Als besonders alarmierend und als besondere Demütigung wurde von vielen der angedrohte „Blaue Brief“ aus Brüssel wegen des nahe an der Maastricht-Grenze von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) rangierenden Haushaltsdefizits empfunden. Wie ebenfalls zu erwarten war, ist pünktlich vor der Wahl nun auch die „Reformstau“-Debatte wieder entbrannt, und der Ruf nach „strukturellen“ Reformen, besonders nach der (weiteren) Deregulierung des angeblich „verkrusteten“ Arbeitsmarkts wird wieder lauter.

Wir haben uns daher entschlossen, Deutschlands „Schlusslichtposition“ und eine Analyse der möglichen Ursachen zum

Schwerpunktthema unseres diesjährigen Standortberichts zu machen. Neben der Fortführung der langfristigen Dokumentation unseres Indikators „Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich“ (Abschnitt 2.1) und der Analyse der deutschen außenwirtschaftlichen Performance (Abschnitt 2.2) analysieren wir diesmal zunächst etwas ausführlicher die langfristige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im Vergleich mit den Teilnehmerländern an der Währungsunion (Abschnitt 3.1). In Erweiterung und Vertiefung unseres makroökonomischen Ansatzes aus dem letztjährigen Standortbericht entwickeln wir dann eine ökonometrisch gestützte makroökonomische Interpretation, die das Zurückbleiben Deutschlands seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre beim Wachstum, beim Abbau der Arbeitslosigkeit und beim Haushaltsdefizit nicht auf „überregulierte“ Arbeitsmärkte, sondern auf makroökonomische Erklärungsfaktoren (Verlust des Zinsvorzeils in der Währungsunion, stärker zurückhaltende Lohnpolitik, Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen und besondere außenwirtschaftliche Betroffenheit) zurückführt (Abschnitt 3.2).

2

Entwicklung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

2.1 DIE „LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH“

Wie auch im Standortbericht des vergangenen Jahres ziehen wir den Indikator „Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich“ als erstes Kriterium für die Einschätzung der deutschen Standortqualität heran (Hein/Mülhaupt/Truger 2001). Die Entwicklung

Dr. Eckhard Hein ist Leiter des Referats Konjunkturforschung und allgemeine Wirtschaftspolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: Eckhard-Hein@boeckler.de

Bernd Mülhaupt ist Leiter des Referats Wirtschaftswachstum unter qualitativen und quantitativen Aspekten im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: Bernd-Muelhaupt@boeckler.de

Dr. Achim Truger ist Leiter des Referats Steuer- und Finanzpolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: Achim-Truger@boeckler.de

Tabelle 1: Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich

	D	F	GB	USA	J	EU-15
A: Produktivität* (BIP in KKS/Erwerbstätige, EU-15 = 100)						
1991	92,5	118,3	89,0	125,9	96,2	100
1995	100,0	112,0	89,4	128,5	95,8	100
2000	97,7	107,8	97,3	139,6	95,5	100
2001	97,5	107,0	97,8	139,8	94,4	100
B: Beschäftigungsquote (Erwerbstätige/zivile Erwerbsbevölkerung, EU-15 = 100)						
1991	102,6	98,3	99,6	101,1	106,2	100
1995	102,9	99,0	101,2	105,5	108,3	100
2000	100,7	98,5	102,8	104,5	103,7	100
2001	100,3	98,8	102,9	103,3	103,0	100
C: Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich [(A+B)/2, EU-15 = 100]						
1991	97,6	108,3	94,3	113,5	101,2	100
1995	101,5	105,5	95,3	117,0	102,1	100
2000	99,2	103,2	100,1	122,1	99,6	100
2001	98,9	102,9	100,4	121,6	98,7	100

Nachrichtlich: 1990 wies die alte Bundesrepublik Deutschland folgende Werte auf: Produktivität (A): 103,6, Beschäftigungsquote (B): 101,7, Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich (C): 104,4, EU-15 = 100.

Anmerkungen: *Der Produktivitätsvergleich wird durch unterschiedliche Arbeitszeiten pro Erwerbstägigen verzerrt, KKS: Kaufkraftstandard.
Abweichungen der Werte für die Jahre 1991, 1995 und 2000 von denen im letztjährigen Standortbericht (Hein/Mühlhaupt/Truger 2001) ergeben sich durch Datenrevisionen in den verwendeten Zeitreihen.

Quelle: Europäische Kommission (2001), OECD (2001), SVR (2001), eigene Berechnungen

der Arbeitsproduktivität wird wieder als Kennziffer für die Effizienz des Arbeitseinsatzes und die Beschäftigungsquote wieder als Kennziffer für den Nutzungsgrad des zur Verfügung stehenden Arbeitsvolumens verwendet. In *Tabelle 1* werden beide Kennziffern für Deutschland (D), Frankreich (F), Großbritannien (GB), die USA und Japan (J) jeweils in Relation zu dem Niveau der Werte für die Europäische Union (EU-15) angegeben. Das arithmetische Mittel beider Werte ergibt dann unseren Indikator „Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich“.

An dem generellen Entwicklungsmuster seit Beginn der 90er Jahre hat sich auch im Jahr 2001 nichts Wesentliches geändert: Vor dem Hintergrund einer im Vergleich zur EU leicht überdurchschnittlichen Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft in den Jahren vor der deutschen Wiedervereinigung ging diese Kennziffer für Deutschland in 1991 deutlich zurück, ist dann aber schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre, getragen durch den Produktivitätsaufholprozess in Ostdeutschland, wieder auf den EU-Durchschnitt gestiegen. In den vergangenen beiden Jahren ist die deutsche Leistungsfähigkeit dann leicht unter den EU-Durchschnitt gefallen. Hierfür waren sowohl die Produktivitäts- als auch die Beschäftigungsentwicklung verantwortlich. Für Frankreich und Japan zeichnet sich, jeweils ausgehend von einer über dem EU-Durchschnitt liegenden Leistungsfähigkeit, ein tendenzieller Rückgang der komparativen Leistungsfähigkeit ab. Großbritannien und die USA weisen je-

weils einen tendenziellen Anstieg der Leistungsfähigkeit auf, der jedoch für die USA in 2001 ins Stocken gerät. Bei Großbritannien hat dieser Anstieg dazu geführt, dass der zu Beginn der 90er Jahre gegenüber dem EU-Durchschnitt bestehende Rückstand mittlerweile aufgeholt ist. Die USA konnten ihren schon bestehenden Vorsprung im Laufe des vergangenen Jahrzehnts weiter ausbauen.

Die wesentlichen Determinanten dieser divergierenden Entwicklungstendenzen der komparativen Leistungsfähigkeit sind von uns im Standortbericht des vergangenen Jahres eingehend analysiert worden (Hein/Mühlhaupt/Truger 2001). Dort haben wir gezeigt, dass im Wesentlichen makroökonomische Faktoren für die bessere Entwicklung der britischen und der US-amerikanischen Wirtschaft verantwortlich sind. Geringere und im Trend abnehmende Zinssatz-Wachstumsraten-Differenzen weisen auf eine wachstumsfreundlichere Geldpolitik hin. Ein geringerer Rückgang der bereinigten Lohnquoten deutet auf eine bessere, wenn auch nicht vollständige Ausschöpfung des lohnpolitischen Verteilungsspielraums hin, wodurch der Wachstumsprozess auch binnenwirtschaftlich gestützt wurde. Zudem wurde von uns gezeigt, dass sowohl die USA als auch Großbritannien eine nachfrageschonende Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte verfolgten und die Nachfrageentwicklung sowie den Wachstumsprozess kurzfristig durch eine antizyklische Fiskalpolitik und langfristig durch eine stärkere Investitionsorientierung der öffentlichen

Ausgaben unterstützten. In den Ländern der Europäischen Union und insbesondere in Deutschland wirkte die Fiskalpolitik wegen des Versuchs, durch Ausgabenkürzungen zu konsolidieren, insbesondere bei den öffentlichen Investitionen, in bestimmten Phasen prozyklisch und vernachlässigte die wachstumsförderlichen Wirkungen öffentlicher Investitionen (Truger 2002).

2.2 DIE AUSSENWIRTSCHAFTLICHE PERFORMANCE IN 2001

Im vergangenen Jahr haben die deutschen Unternehmen real gut 4,5 % mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als im Jahr 2000. Die Ausfuhr hat damit so langsam zugenommen wie seit der Rezession 1992/93 nicht mehr. Und selbst diese relativ kleine Wachstumsrate ist nur durch die starke Expansion des Exports im Jahr 2000 zustande gekommen, die bis zum Jahresende angehalten hatte (Überhang). Im Laufe des vergangenen Jahres selbst hat er praktisch stagniert; Ende 2001 wurde nur knapp soviel exportiert wie 12 Monate zuvor.

Diese relativ schwachen Zahlen geben gleichwohl keinen Grund, an der „ability to sell“ der deutschen Exportwirtschaft zu zweifeln. Sie werden auch durchweg positiv kommentiert. Der Sachverständigenrat (SVR) hebt hervor, dass es im deutschen Export nicht zu einem Einbruch gekommen ist, obwohl sich alle drei großen Wirtschaftsregionen gleichzeitig in einer konjunkturellen Schwächephase befanden (SVR 2001, Ziffer 155). Und die Bundesbank sieht „die außenwirtschaftliche Position Deutschlands weiter verstärkt, da die Auslandsmärkte deutscher Exporteure und der Welthandel insgesamt weitaus weniger gewachsen sind“ (Deutsche Bundesbank 2001, S. 80). Nach ihren Berechnungen hat die im Vergleich zum Vorjahr zwar schwächere, aber dennoch relativ gute Exportperformance maßgeblich dazu beigetragen, dass der Exportüberschuss im Außenhandel mit 94 Mrd. € eine „neue Rekordmarke“ erreichte und die Leistungsbilanz erstmals seit Beginn der 90er Jahre wieder mit einem leichten Plus (2,3 Mrd. €) abschloss (Deutsche Bundesbank 2002, S. 41 f.).

Tabelle 2 zeigt die eindrucksvolle Exportperformance ganz deutlich: Während die Industrieländer insgesamt einen Rückgang ihrer Ausfuhr verzeichneten (-1,3 %) und auch das Welthandelsvolumen hinter

Tabelle 2: Die Entwicklung der realen Ausfuhr (Waren und Dienste) in Deutschland und in anderen größeren Industrieländern sowie des Welthandels von 1996 bis 2001 – (Veränderungen zum Vorjahr in %)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland	5,1	11,2	6,8	5,6	13,2	4,7
USA	8,2	12,3	2,1	3,2	9,5	-4,6
Japan	6,4	11,3	-2,3	1,3	12,4	-6,5
Frankreich	3,5	11,8	8,2	3,9	13,3	1,1
Italien	0,6	6,4	3,4	0,3	11,7	0,8
Großbritannien	8,2	8,3	3,0	5,4	10,3	1,0
Industrieländer insgesamt	6,0	10,5	4,0	5,2	11,7	-1,3
Welthandel	6,8	10,5	4,2	5,3	12,4	-0,2

Quelle: IMF (2002)

Tabelle 3: Die Entwicklung der Lohnstückkosten in der Industrie in Deutschland und in anderen größeren Industrieländern von 1996 bis 2001 – (in einheitlicher Währung; Veränderungen zum Vorjahr in %)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland	-1,2	-5,5	-2,6	-0,3	-3,6	-0,7
USA	-2,1	-2,3	0,1	-0,5	0,8	6,2
Japan	-1,9	-1,6	5,3	-4,1	-6,4	5,7
Frankreich	1,3	-6,8	-4,5	0,8	-2,3	2,5
Italien	2,0	1,9	0,2	0,9	-1,7	0,5
Großbritannien	5,0	3,3	3,6	0,4	-1,0	2,4
Industrieländer insgesamt	-0,8	-2,1	0,7	-0,8	-1,3	4,3

Quelle: IMF (2002)

dem überaus guten Ergebnis des Jahres 2000 zurückblieb (-0,2 %), nahm der Export von Waren und Dienstleistungen der deutschen Unternehmen merklich zu (4,7 %). Die Tabelle zeigt auch, dass dieses Ergebnis kein Zufallstreffer ist: In den letzten fünf Jahren hat der deutsche Export durchgehend stärker zugenommen als der Export der Industrieländer insgesamt und auch als der Welthandel, d.h. die deutschen Exporteure haben ständig Marktanteile hinzu gewonnen. Von den größeren Industrieländern wies in den letzten Jahren lediglich Frankreich eine ähnlich gute Performance auf. Diese Zahlen widerlegen die These, dass Deutschland „in den neunziger Jahren in besorgniserregendem Ausmaß Weltmarktanteile verloren“ hat (Siebert 2002). Die deutsche Wirtschaft hat kein strukturelles Exportproblem.

Es ist auch nicht anzunehmen, dass die deutsche Wirtschaft in absehbarer Zeit an Exportstärke einbüßen wird. Zwar war der wertmäßige Warenexport in den beiden ersten Monaten dieses Jahres noch um knapp 2 % kleiner als vor Jahresfrist, aber saisonbereinigt zeigte sich im Februar bereits wieder eine Steigerung. Sie dürfte sich fortsetzen, denn die Auslandsnachfrage zieht seit Herbst vergangenen Jahres wieder

an und auch die Exporterwartungen der Unternehmen sind seitdem wieder deutlich aufwärts gerichtet. Die Institute prognostizieren in ihrem jüngsten Frühjahrs-gutachten, dass die Exportzuwächse in diesem und im nächsten Jahr bei einer leichten Erhöhung des realen effektiven Außenwerts des Euro „annähernd der Expansion des Welthandels entsprechen“ werden (Institute 2002, S. 278).

Die Exportstärke der deutschen Wirtschaft hat mehrere Gründe. Neben der Qualität ihres Sortiments nennt die Bundesbank die regional gute Diversifizierung (Deutsche Bundesbank 2001, S. 80). So entfallen über 40 % der Ausfuhren auf den Euroraum, was die Empfindlichkeit gegenüber Schwankungen des Außenwerts des Euro erheblich mindert. Auch dass mit über 10 % der Gesamtausfuhren inzwischen ein Anteil in die MOE-Länder (einschließlich der EU-Beitrittskandidaten) fließt, der dem in die USA fließenden entspricht, wirkt risikomindernd. Letztlich entscheidend für ihre Exportstärke ist aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.¹ Sie geht maßgeblich auf die im Vergleich zu den wichtigsten Wettbewerbsländern „günstigere“ Entwicklung der Lohnstückkosten zurück.

Anders als in jedem anderen der in Tabelle 3 aufgeführten Länder gingen die industriellen Lohnstückkosten in Deutschland seit 1996 in jedem Jahr zurück, in der Regel war der Rückgang hierzulande auch stärker. Der Entwicklung in Deutschland am nächsten ist die in Frankreich, unter dem Exportgesichtspunkt am schwierigsten ist die in Großbritannien. Ein Teil des „Vorsprungs“ bei den Lohnstückkosten gegenüber den Ländern außerhalb des Euroraums geht auf die Abwertung des Euro zurück. Vor diesem Hintergrund wird die inzwischen wieder lauter geführte Diskussion über einen Beitritt Großbritanniens zur EU-12 verständlich. Die Differenzen in der Entwicklung zwischen den hier aufgeführten Euroländern zeigen aber deutlich, dass jeweils auch heimische Entwicklungen eine wichtige Rolle spielten: Der Verteilungsspielraum wurde unterschiedlich stark ausgeschöpft.

Die deutschen Arbeitnehmer waren mit Abstand die bescheidensten. Gewissermaßen als Preis für die so begründete überdurchschnittliche „ability to sell“ (in Verbindung mit einer über weite Strecken restriktiven Geldpolitik und einer durchweg restriktiven Fiskalpolitik) weist die Inlandsnachfrage in Deutschland – mit Ausnahme des von Deflation geplagten Japans – in jedem Jahr das schwächste Wachstum auf (Tabelle 4) mit der Folge, dass erstens die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate niedriger geblieben ist als in den meisten anderen großen Industrieländern und nur in wenigen Jahren die Beschäftigungsschwelle überstiegen hat und zweitens die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den Schwankungen auf den Auslandsmärkten erheblich gestiegen ist (der Anteil des Exports am BIP hat seit 1995 um rund 10(!) Prozentpunkte auf knapp 35 % zugenommen).

Neben der „ability to sell“ wird in der Regel die „ability to attract“, die Fähigkeit eines Wirtschaftsraumes, Investitionskapital anzuziehen, zur Beurteilung seiner Qualität herangezogen. Das ist so nicht gerechtfertigt, weil „die Motive für Unterneh-

1 Der SVR führt das gute Wachstum der deutschen Exporte in den nordamerikanischen Raum im letzten Jahr trotz der dortigen Konjunkturschwäche nicht nur auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in folge der Euro-Schwäche zurück, sondern auch auf den in den 90er Jahren stark gewachsenen Bestand an Direktinvestitionen (SVR 2001, Ziffer 157).

Tabelle 4: Die Entwicklung der realen Inlandsnachfrage in Deutschland und in anderen größeren Industrieländern von 1996 bis 2001 –
(Veränderungen in %)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland	0,3	0,6	2,4	2,6	2,0	-1,0
USA	3,7	4,7	5,4	5,0	4,8	1,3
Japan	4,1	0,9	-1,4	0,8	1,8	0,3
Frankreich	0,7	0,7	4,2	3,0	3,9	1,7
Italien	0,9	2,7	3,1	3,0	2,1	1,6
Großbritannien	3,1	3,9	5,0	3,4	3,6	2,8
Industrieländer insgesamt	3,0	3,2	3,0	3,9	3,8	1,0

Quelle: IMF (2002)

Tabelle 5: Die Direktinvestitionen von 1996 bis 2001 – (in Mrd. Euro)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Deutsche Direktinvestitionen im Ausland	-39,1	-37,6	-79,7	-102,7	-54,0	-48,3
Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland	5,1	10,9	21,8	51,4	211,8	35,6
Saldo ¹	-34,0	-26,2	-57,9	-51,3	157,7	-12,8

1 Kapitalexport: -; Kapitelimport: +.

Quelle: SVR (2001), Deutsche Bundesbank (2002), eigene Berechnungen

men in Deutschland, Investitionen nicht im Inland, sondern im Ausland vorzunehmen, vielfältig sind und nicht grundsätzlich den Schluss auf relativ schlechtere Standortbedingungen zulassen“ (SVR 2001, Ziffer 153). Hinzu kommt, dass die Statistik der Direktinvestitionen in den letzten Jahren maßgeblich durch die Übernahmeartivitäten großer international operierender Konzerne geprägt worden ist. So führte die Übernahme von Mannesmann durch Vodafone dazu, dass die Bilanz der Direktinvestitionen im Jahr 2000 zum ersten Mal seit Anfang der 90er Jahre einen hohen positiven Saldo aufwies (157,7 Mrd. €, vgl. Tabelle 5). Die Übernahmeartivitäten der Unternehmen sind im letzten Jahr durch die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen merklich gebremst worden. Zusammen mit der weltweiten Abkühlung der Konjunktur führte dies dazu, dass sich die Direktinvestitionen nach ihrer stürmischen Expansion in den Jahren 1999 und 2000 in beide Richtungen merklich reduziert haben. Der negative Saldo in Höhe von knapp 13 Mrd. € geht „in nicht unerheblichem Maße“ (Deutsche Bundesbank 2001, S. 99) auf die Übernahme des US-amerikanischen Mobiltelefonunternehmens Voicestream durch die Deutsche Telekom AG zurück.

3

„Schlusslicht Deutschland“: eine makroökonomische Erklärung

3.1 EINE BESTANDSAUFNAHME

Um die zu erklärenden Fakten genauer herauszuarbeiten, aber auch, um nicht Gefahr zu laufen, unkritisch einer kurzfristigen, möglicherweise wahlkampfbedingten und/oder medieninszenierten „Schlusslichthysterie“ aufzusitzen, haben wir eine ausführliche vergleichende Bestandsaufnahme der langfristigen Entwicklung der im Zentrum der gegenwärtigen Diskussion stehenden Indikatoren Wirtschaftswachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizit für die Länder der Währungsunion anhand international vergleichbarer OECD-Daten (OECD 2001) vorgenommen. Für das Jahr 2001 bestätigt sich die Schlusslichthese dabei tendenziell für alle Indikatoren (Tabelle 6 bis 9): Deutschland lag beim Wachstum innerhalb der Gruppe der EU-12-Länder nur noch vor Finnland auf dem 11., beim Abbau der Arbeitslosigkeit nur noch vor Österreich und Portugal auf dem 10. und beim Haushaltsdefizit tatsächlich auf dem letzten Platz. Im Folgenden sei die zeitliche Entwicklung für die einzelnen Indikatoren etwas ausführlicher geschildert.

Bezüglich der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Tabelle 6 und Abbildung 1) zeigt sich zunächst, dass Deutschland im langfristigen Vergleich in den letzten vier Jahrzehnten eigentlich immer hintere Platzierungen einnahm. Mit Ausnahme der Periode von 1981 bis 1990, in der ein 8. Platz erreicht wurde, waren 10. und 11. Plätze beim Wirtschaftswachstum für Deutschland der langfristige „Normalfall“. Durchbrochen wurde diese Tendenz bei etwas detaillierterer Betrachtung innerhalb der 90er Jahre durch den „Einheitsboom“ in der ersten Hälfte der 90er Jahre (Platz 4), in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erfolgte dann allerdings ein umso stärkerer Rutsch auf den 12. Rang.

Dass Deutschland über den betrachteten Zeitraum keine Spitzenplätze beim Wirtschaftswachstum einnahm, ist angesichts seines Produktivitätsvorsprungs zu Beginn der 60er Jahre (Europäische Kommission 2001) und des Aufholbedarfs der anderen EU-Länder im Zuge der ohnehin angestrebten Konvergenz allerdings weder verwunderlich noch bedenklich. Zudem wird durch die ausschließliche Betrachtung von Platzierungen eine Vergleichbarkeit unterschiedlicher Volkswirtschaften suggeriert, die nicht gegeben ist. So macht es keinen Sinn, etwa Deutschland mit Luxemburg zu vergleichen, da Luxemburg einen sehr viel höheren Offenheitsgrad aufweist. Aus demselben Grund ist auch der Vergleich mit anderen kleineren Ländern nur beschränkt aussagekräftig.

Aussagekräftiger sind dagegen Abweichungen der deutschen Wachstumsrate von denjenigen des Durchschnitts der EU-12-Länder insgesamt, wobei dieser Durchschnitt natürlich wesentlich von der Entwicklung der deutschen Wachstumsrate mitbestimmt wird. Es zeigt sich, dass die Abweichungen vom EU-12-Durchschnitt von 1961 bis 1990 nur gering sind und im Durchschnitt nur zwischen etwa 3 und 15% (Anm.: nicht Prozentpunkte!) der EU-Wachstumsrate betragen. Im Einigungsboom erzielte Deutschland schließlich sogar deutlich überdurchschnittliche Wachstumsraten. Allerdings sank die durchschnittliche deutsche Wachstumsrate im Zeitraum von 1996 bis 2000 sehr deutlich unter den EU-12-Durchschnitt und betrug im Jahr 2001 weniger als die Hälfte derjenigen des Durchschnitts. Dieses deutliche Zurückbleiben der deutschen Wachstumsrate hinter dem EU-12-Durchschnitt seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre zeigt sich

Tabelle 6: Durchschnittliche Wachstumsraten des realen BIP in den EU-12 Ländern, Großbritannien, USA und Japan von 1961 bis 2001 in %

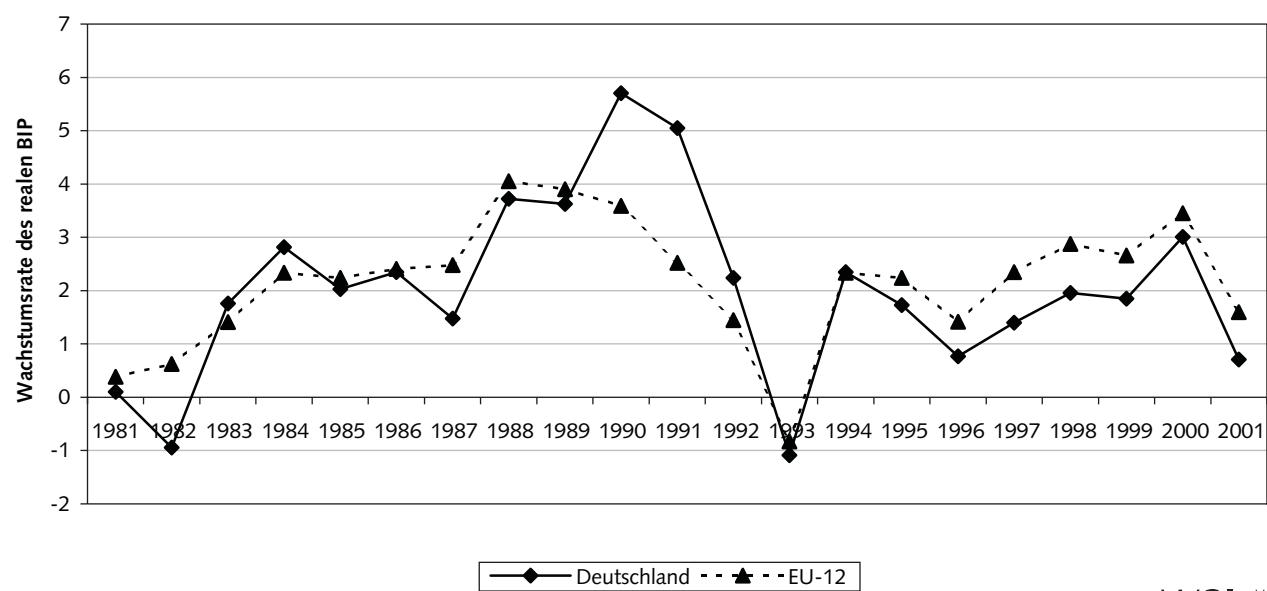
	61-70	Rang	71-80	Rang	81-90	Rang	91-2000	Rang	91-95	Rang	96-2000	Rang	2001	Rang
D	4,5	10	2,7	11	2,3	8	1,9	10	2,1	4	1,8	12	0,7	11
F	5,5 ¹	5	3,3	9	2,4	6	1,8	11	1,0	11	2,6	10	2,0	5
I	5,7	4	3,6	5	2,2	9	1,6	12	1,3	10	1,9	12	1,8	6
S	7,5	2	3,6	6	2,9	5	2,7	5	1,5	7	3,8	4	2,7	4
P	6,4	3	4,8	1	3,2	3	2,7	4	1,8	6	3,6	6	1,9	6
N	5,1	6	2,9	10	2,2	10	2,9	3	2,1	3	3,7	5	1,4	8
B	4,9	7	3,4	8	2,1	11	2,1	9	1,4	8	2,8	8	1,1	10
L	3,6	12	2,7	12	4,5	1	5,9	2	5,5	1	6,4	2	4,0	2
O	4,7	9	3,6	4	2,3	7	2,3	7	2,1	5	2,6	9	1,2	9
GR	8,5	1	4,7	3	0,7	12	2,3	6	1,3	10	3,4	7	3,9	3
FI	4,8	8	3,5	7	3,1	4	2,2	8	-0,6	12	5,1	3	0,4	12
IR	4,2	11	4,8	2	3,7	2	7,3	1	4,7	2	9,9	1	5,6	1
EU-12	5,3	—	3,2	—	2,3	—	2,0	—	1,5	—	2,6	—	1,6	—
%-Abw.: D/EU-12	-15,0	—	-14,4	—	-3,4	—	-5,9	—	33,3	—	-29,7	—	-55,8	—
nachr.														
GB	2,9	—	2,0	—	2,7	—	2,9	—	3,1	—	2,8	—	1,6	—
USA	4,2	—	3,2	—	3,2	—	3,2	—	2,4	—	4,1	—	1,1	—
J	10,2	—	4,5	—	4,1	—	1,3	—	1,4	—	1,3	—	-0,7	—

Erläuterung zu den Länderkürzeln in Tabellen 6 bis 9: D = Deutschland; F = Frankreich; I = Italien; S = Spanien; P = Portugal; N = Niederlande; B = Belgien; L = Luxemburg; O = Österreich; GR = Griechenland; FI = Finnland; IR = Irland; GB = Großbritannien; J = Japan.

1 F: durchschnittl. Wachstumsrate 1964-1970.

Quelle: OECD (2001); SVR (1997); eigene Berechnungen

Abb. 1: Wachstum des realen BIP in Deutschland und der EU-12 (1981-2001) in %



Quelle: OECD (2001); SVR (1997); eigene Berechnungen

noch klarer bei jährlicher Betrachtung (*Abbildung 1*): Während die deutsche Wachstumsrate von 1981 bis 1994 um die EU-12-Wachstumsrate schwankt, liegt sie seit 1995 immer darunter, ohne dass ein Durchbrechen dieses Trends zurzeit absehbar wäre.

Wie aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Wachstum und Beschäftigung/Arbeitslosigkeit nicht anders zu erwarten, zeigt sich bezüglich der Veränderung der Arbeitslosenquote ein ähnliches

Bild (*Tabelle 8* sowie *Abbildung 2*). Deutschland fällt hier von Positionen im Mittelfeld (Rang 4 bis 8) von 1961 bis 1990 auf den 10. Rang in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und im Jahr 2001 zurück. Betrachtet man auch hier die Abweichung vom EU-Durchschnitt, so zeigt sich der vom Wirtschaftswachstum her bekannte Verlauf: Während die jährliche Veränderung der Arbeitslosenquote in Deutschland bis 1995 mal über, mal unter der des EU-

12-Durchschnitts lag, liegt sie seit 1996 ständig darüber. In Deutschland stieg die Arbeitslosenquote seit 1996 also stärker an bzw. ging weniger stark zurück als im Durchschnitt der EU-12-Länder. Damit hat Deutschland zwar immer noch eine deutlich geringere Arbeitslosenquote als der EU-12-Durchschnitt; der Abstand ist jedoch merklich geschrumpft (*Tabelle 7*). Das spiegelt sich auch in seiner Platzierung hinsichtlich der Arbeitslosenquote wider;

Tabelle 7: Durchschnittliche Arbeitslosenquoten in den EU-12 Ländern, Großbritannien, USA und Japan von 1961 bis 2001 in %

	61–70	Rang	71–80	Rang	81–90	Rang	91–2000	Rang	91–95	Rang	96–2000	Rang	2001	Rang
D	0,8	1	2,6	4	7,1	5	7,8	5	7,1	5	8,5	6	7,5	7
F	2,1 ¹	5	4,2	8	9,3	9	11,1	9	11,0	9	11,3	9	8,9	8
I	3,8	8	4,8	9	8,8	8	10,8	8	10,1	8	11,5	10	10,0	10
S	2,6	6	5,2	10	18,0	12	19,4	12	20,4	12	18,4	12	13,3	12
P	3,6	7	5,3	11	7,4	6	5,5	4	5,6	3	5,5	4	4,2	3
N	–	–	3,1	5	8,2	7	5,4	3	6,4	4	4,4	2	2,5	1
B	1,4	2	3,9	7	9,5	10	8,7	6	8,5	6	8,9	7	6,9	6
L	–	–	0,3	1	1,5	1	2,6	1	2,2	1	3,1	1	2,5	2
O	1,6 ¹	3	1,3	2	3,5	2	5,2	2	5,0	2	5,4	3	4,8	5
GR	5,1	9	2,3	3	7,1	4	10,0	7	9,1	7	10,8	8	11,2	11
FI	2,0	4	3,9	6	4,7	3	12,6	11	13,4	10	11,8	11	9,2	9
IR	5,2	10	7,8	12	14,8	11	11,2	10	14,4	11	7,9	5	4,3	4
EU-12	–	–	3,9	–	9,3	–	10,3	–	10,1	–	10,5	–	8,5	–
nachr.														
GB	1,9	–	4,0	–	9,6	–	7,9	–	9,3	–	6,4	–	5,1	–
USA	4,7	–	6,4	–	7,1	–	5,6	–	6,6	–	4,6	–	4,8	–
J	1,2	–	1,8	–	2,5	–	3,3	–	2,6	–	4,1	–	5,0	–

1 F, O: durchschnittliche Arbeitslosenquote 1965–1970.

Quelle: OECD (2001); eigene Berechnungen.

Tabelle 8: Durchschnittliche Veränderung der Arbeitslosenquoten in den EU-12 Ländern, Großbritannien, USA und Japan von 1961 bis 2001 in Prozentpunkten

	61–70	Rang	71–80	Rang	81–90	Rang	91–2000	Rang	91–95	Rang	96–2000	Rang	2001	Rang
D	-0,04	4	0,26	6	0,30	8	0,13	8	0,33	4	-0,08	10	0,02	10
F	0,19 ¹	9	0,38	9	0,26	6	0,06	7	0,51	7	-0,38	7	-0,59	4
I	-0,02	5	0,16	5	0,36	9	0,15	10	0,52	8	-0,21	8	-0,72	2
S	0,02 ²	7	0,82	12	0,48	11	-0,16	3	1,39	11	-1,72	1	-0,80	1
P	0,27	10	0,41	10	-0,35	1	-0,08	4	0,46	6	-0,63	5	0,19	12
N	–	–	0,31	8	0,20	5	-0,33	2	0,22	2	-0,89	4	-0,14	6
B	-0,11	2	0,54	11	0,00	3	0,03	5	0,64	10	-0,57	6	-0,13	8
L	–	–	0,07	3	0,05	4	0,14	9	0,35	5	-0,07	11	-0,13	7
O	-0,08 ¹	3	0,01	2	0,27	7	0,06	6	0,23	3	-0,12	9	0,09	11
GR	-0,34 ²	1	-0,08	1	0,43	10	0,44	11	0,59	9	0,28	12	-0,23	5
FI	0,04	8	0,28	7	-0,15	2	0,67	12	2,47	12	-1,14	3	-0,59	3
IR	0,02	6	0,15	4	0,55	12	-0,85	1	-0,12	1	-1,57	2	0,00	9
EU-12	–	–	0,33	–	0,28	–	0,04	–	0,54	–	-0,46	–	-0,35	–
nachr.														
GB	0,10	–	0,37	–	-0,02	–	-0,04	–	0,53	–	-0,60	–	-0,44	–
USA	-0,06	–	0,22	–	-0,16	–	-0,16	–	0,00	–	-0,32	–	0,75	–
J	-0,04	–	0,09	–	0,01	–	0,26	–	0,21	–	0,32	–	0,25	–

1 F, O: durchschnittliche Veränderung 1965–1970.

2 S, GR: durchschnittliche Veränderung 1962–1970.

Quelle: OECD (2001); eigene Berechnungen.

Deutschland ist von oberen Rängen mittlerweile ins Mittelfeld abgerutscht.

Das zuvor beschriebene Muster eines Positionsverlustes und deutlichen Zurückbleibens hinter dem EU-12-Durchschnitt seit Mitte der 90er Jahre zeigt sich auch bei der Entwicklung des Haushaltsdefizits – hier sogar in besonderer Schärfe (*Tabelle 9* und *Abbildung 3*). Bis etwa 1994 war das deutsche Haushaltsdefizit immer deutlich geringer als das des Durchschnitts der Staaten der Europäischen Währungsunion. Im Zuge der Konsolidierungsanstrengungen aufgrund der Maastricht-Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion näherte sich das Haushaltsdefizit der EU-12-Staaten (in % des BIP) dem deutschen Defizit in nur drei

Jahren von 1994 bis 1997 fast vollkommen an und war nach dem durch die UMTS-Versteigerungserlöse geprägten gesamtstaatlichen deutschen Haushaltsüberschuss im Jahr 2000 im Jahr 2001 schließlich um 1,3 Prozentpunkte geringer als in Deutschland. Deutschland fiel damit in einem Zeitraum von eigentlich nur zwei bis drei Jahren von Platzierungen im Mittelfeld und besser auf den letzten Platz zurück. Anders als bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit dürften neben dem überdurchschnittlichen Zurückbleiben des deutschen Wirtschaftswachstums allerdings noch andere Faktoren maßgeblich für die im europäischen Vergleich schlechte Entwicklung des deutschen Haushaltsdefizits im Jahr 2001 und voraussicht-

lich auch 2002 verantwortlich sein. Abgesehen davon, dass das deutsche Haushaltsdefizit von etwa 2,5 % oder annähernd 3 % des BIP in diesem Jahr nach ökonomischen Kriterien in keiner Weise bedenklich ist (vgl. ausführlich Priebe 2002), dürften sich hier vor allem die massiven Steuersenkungen durch die Steuerreformschritte bei der Einkommensteuer 2000 und 2001 sowie der Unternehmersteuerreform 2001 sehr deutlich niedergeschlagen haben.

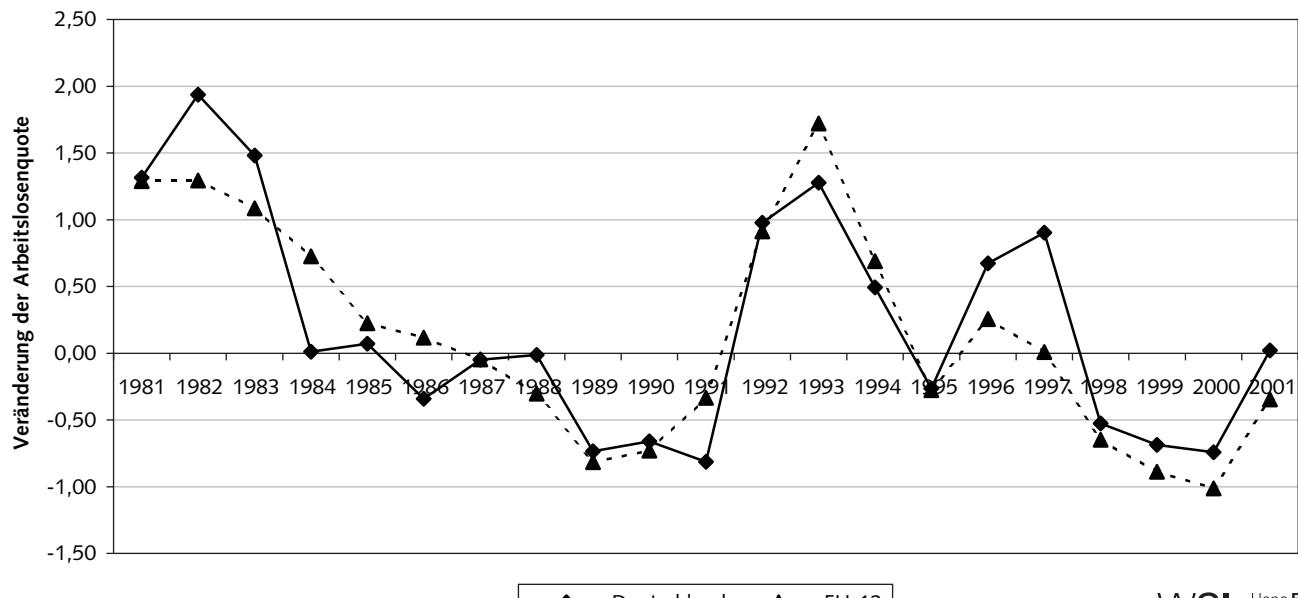
Als kurzes Fazit der Bestandsaufnahme bleibt Folgendes festzuhalten. Auch wenn aus der hier vorgenommenen mittel- bis langfristigen Betrachtung in der gegenwärtigen „Schlusslicht-Debatte“ manches etwas überzeichnet erscheint, bleibt doch

Tabelle 9: Durchschnittlicher gesamtstaatlicher Budgetsaldo in den EU-12 Ländern, Großbritannien, USA und Japan von 1961 bis 2001 in % des BIP

	71-80	Rang	81-90	Rang	91-2000	Rang	91-95	Rang	96-2000	Rang	2001	Rang
D	-2,0	6	- 1,9	2	-2,3	5	- 2,9	3	-1,7	6	-2,5	12
F	0,3	2	- 2,5	3	-3,6	7	- 4,7	7	-2,6	10	-1,5	10
I	-8,7	9	-11,1	11	-6,4	11	- 9,9	11	-2,9	11	-1,4	9
S	-0,6	3	- 4,3	5	-4,0	10	- 5,6	9	-2,4	8	0,0	8
P	-2,0	7	- 6,4	7	-3,8	8	- 5,0	8	-2,5	9	-1,7	11
N	-1,8	5	- 5,9	6	-2,1	4	- 3,9	5	-0,2	4	1,1	4
B	-5,6	8	-10,4	9	-3,9	9	- 6,4	10	-1,4	5	0,0	6
L	-	-	-	-	2,8	1	1,9	1	3,7	1	5,3	1
O	-0,9	4	- 3,2	4	-3,1	6	- 3,9	4	-2,3	7	0,0	7
GR	-	-	-10,4	10	-7,4	12	-11,5	12	-3,4	12	0,2	5
FI	4,3	1	3,3	1	-1,8	3	- 4,7	6	1,1	3	3,7	2
IR	-	-	- 8,2	8	-0,3	2	- 2,5	2	2,0	2	3,2	3
EU-12	-2,3	-	- 4,7	-	-3,6	-	- 5,2	-	-2,0	-	-1,2	-
nachr.												
GB	-	-	- 2,1	-	-3,3	-	- 6,0	-	-0,6	-	1,1	-
USA	-2,1	-	- 4,3	-	-2,3	-	- 4,5	-	-0,1	-	0,6	-
J	-1,7	-	- 0,6	-	-3,5	-	- 1,4	-	-5,6	-	-6,4	-

Quelle: OECD (2001); eigene Berechnungen.

Abb. 2: Jährliche Veränderung der Arbeitslosenquote in Deutschland und der EU-12 (1981-2001) in %



Quelle: OECD (2001); eigene Berechnungen

das deutliche und systematische Zurückbleiben der deutschen makroökonomischen Performance, insbesondere bei der Wachstumsrate, gegenüber dem Durchschnitt der EU-12-Länder erklärbungsbedürftig.

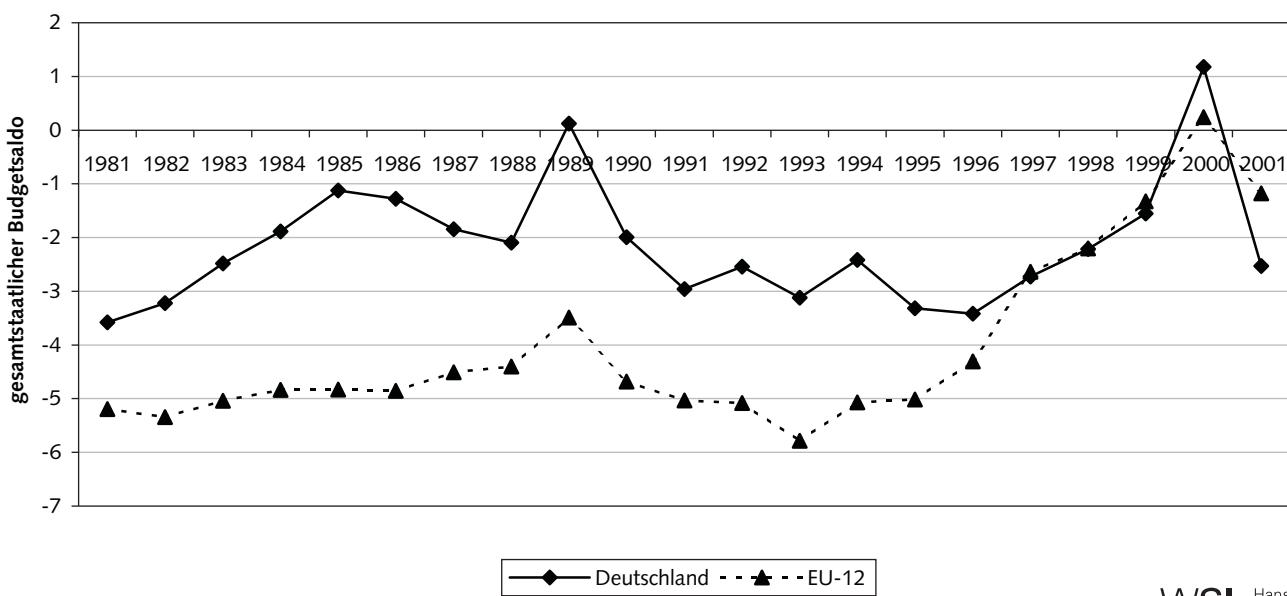
3.2 URSACHEN FÜR DIE SCHLECHTE DEUTSCHE PERFORMANCE IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER 90ER JAHRE

Das Zurückbleiben der deutschen makroökonomischen Performance hinter dem Durchschnitt der Europäischen

Währungsunion (EU-12) seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre wird in der öffentlichen Debatte, aber auch von der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung, häufig mit einem zu hohen Regulierungsgrad des Arbeitsmarktes, einem zu hohen Reallohniveau oder einer zu geringen Lohndifferenzierung in Verbindung gebracht (z.B. SVR 2001). Diese arbeitsmarktzentrierte Sichtweise kann u.E. jedoch keine überzeugende Erklärung für die relativ schlechte Position Deutschlands innerhalb der EU-12 beim BIP-Wachstum, beim Abbau der Arbeitslosigkeit und bei

der Haushaltkskonsolidierung liefern. Ers tens fällt es der arbeitsmarktzentrierten Forschungsrichtung schwer, stabile Zusammenhänge zwischen dem Regulierungsgrad des Arbeitsmarktes und der makroökonomischen Performance einer Volkswirtschaft nachzuweisen. So kommt z.B. die OECD (1999) bei einer umfassenden Untersuchung zum Zusammenhang von Arbeitsschutzgesetzgebung und Arbeitsmarktpfifomance in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu dem ernüchtern den Ergebnis, dass hier entweder kein oder ein nur sehr geringer Effekt der Regulie-

Abb. 3: Gesamtstaatlicher Budgetsaldo in Deutschland und der EU-12 (1981-2001) in % des BIP



Quelle: OECD (2001)

WSI Hans Böckler Stiftung

rungsintensität auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nachweisbar ist. Zweitens müsste für den Fall, dass ein Zusammenhang zwischen dem Regulierungsgrad des Arbeitsmarktes und der makroökonomischen Performance festgestellt würde, der Regulierungsgrad des deutschen Arbeitsmarktes im Vergleich zum EU-12-Durchschnitt gerade in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erheblich angestiegen sein, weil sich erst hier ein Zurückbleiben innerhalb der EU-12 einstellt. Hierfür gibt es u.E. jedoch keinerlei Evidenz. Und drittens ist in einer Reihe von komparativen Arbeiten, die nach Ursachen für die relativ schlechtere deutsche makroökonomische Entwicklung im Vergleich zu den USA, zu Großbritannien oder zu den Niederlanden in den 90er Jahren suchen, immer wieder festgestellt worden, dass eine bessere makroökonomische Performance durch eine wachstumsfreundlichere Makropolitik und nicht durch einen geringeren Regulierungsgrad des Arbeitsmarktes oder eine weniger komprimierte Lohnstruktur erklärt werden kann.²

Aus diesen Gründen liegt es nahe, den bereits im Standortbericht des vergangenen Jahres praktizierten Ansatz weiterzuentwickeln und nun nach einer makroökonomischen bzw. makropolitischen Erklärung für die komparative Performance der deutschen Volkswirtschaft innerhalb der EU-12 zu suchen. Hierbei steht für uns die Identifikation von makropolitisch be-

einflussbaren Determinanten des BIP-Wachstums im Mittelpunkt. Denn ein vergleichbar hohes BIP-Wachstum sollte auch bessere Voraussetzungen für einen Abbau der Arbeitslosenquote und für eine Rückführung des Haushaltsdefizits liefern.

Für den Zeitraum von 1981 bis 2001 haben wir deshalb nach makroökonomischen Determinanten des realen BIP-Wachstums in den EU-12-Mitgliedsländern gesucht. Im Rahmen einer gepoolten Regression für jährliche Daten von 11 der 12 Mitgliedsländer³ wurden folgende Determinanten getestet:

a) *Der um ein Jahr verzögerte Einfluss der Veränderung des kurzfristigen Realzinssatzes (\hat{r}^k) auf das BIP-Wachstum*

Über den kurzfristigen Zinssatz werden die Einflüsse der Geldpolitik auf das BIP-Wachstum vermittelt. Der kurzfristige Nominalzinssatz auf dem Geldmarkt wird dabei von der Zentralbank im Rahmen ihrer Zinspolitik relativ direkt gesteuert. Da die Zentralbank mit der Zinssetzung die Steuerung der Inflationsrate intendiert, muss sie letztlich einen bestimmten kurzfristigen Realzinssatz durchsetzen. Über dessen Veränderung gehen nun auf unterschiedlichen Transmissionskanälen inverse Wirkungen auf das BIP-Wachstum aus. So hat schon eine Erhöhung des kurzfristigen Realzinssatzes einen restriktiven Einfluss auf die Nachfragekomponenten, die kurz-

fristig finanziert werden. Da eine Erhöhung des kurzfristigen Zinssatzes über Arbitrage- und Erwartungseffekte mit Zeitverzögerungen auch zu einer Erhöhung des langfristigen Zinssatzes führt, werden hierdurch insbesondere die langfristig finanzierten Investitionen negativ betroffen. Neben diesen Wirkungen über den Zinskanal sind zudem negative Vermögenspreiseffekte einer Zinssatzerhöhung, die wiederum das Sicherungsvermögen von Kreditnehmern reduzieren, deren Zugang zu Kredit beschränken oder aber die externe Finanzierung verteuren (Kredit-Kanal), genauso zu berücksichtigen wie ggf. mit Zinssatzerhöhungen verbundene Währungsaufwertungen (Wechselkurs-Kanal).⁴ Da sich die realen Effekte einer Zinssatzveränderung erst mit erheblicher Verzögerung durchsetzen, gehen wir von einem um ein Jahr verzögerten negativen Einfluss der Veränderung des kurzfristigen Realzinssatzes auf das BIP-Wachstum aus.

2 Vgl. z.B. Kalmbach (2000), Schettkat (2001), Hein/Mülhaupt/Truger (2001).

3 Für Luxemburg liegen keine vollständigen Zeitreihen aller interessierenden Variablen in der zugrunde gelegten OECD-Datenbank (OECD 2001) bzw. den ergänzend herangezogenen Daten aus Europäische Kommission (2001) vor.

4 Zur Bedeutung der verschiedenen Kanäle in einigen europäischen Ländern vgl. z.B. Bondt (2000).

b) Der Einfluss des Wachstums der realen öffentlichen Investitionen (\hat{I}_G) auf das BIP-Wachstum

Die Entwicklung der öffentlichen Investitionen wird als Indikator für die Ausrichtung der staatlichen Fiskalpolitik verwendet. Wir gehen davon aus, dass wir es hier mit einer tatsächlichen Handlungsvariable des Staates zu tun haben und nicht mit einer von der Fiskalpolitik kaum beeinflussbaren Größe, wie dem Haushaltsdefizit oder der Staatsquote, die sich jeweils endogen als gesamtwirtschaftliche Kreislaufergebnisse ergeben. Kurzfristig bilden die öffentlichen Investitionen ein wesentliches Nachfrageaggregat, langfristig stellen sie über die Bereitstellung öffentlicher Güter eine wesentliche Wachstumsvoraussetzung dar. Wir gehen daher von einem positiven Zusammenhang zwischen dem Wachstum der realen öffentlichen Investitionen und dem realen BIP-Wachstum aus.

c) Der Einfluss der bereinigten Lohnquote (BLQ) auf das reale BIP-Wachstum

Die Entwicklung der bereinigten Lohnquote gibt Aufschluss über die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung in einer Volkswirtschaft. Deren Entwicklung wird wiederum von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Hierzu zählt die Konkurrenzintensität auf Gütermärkten, die einen Einfluss auf die unternehmerischen Preissetzungsspielräume hat, und das Kräfteverhältnis von Unternehmen und Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt, das die Ausschöpfung des Verteilungsspielraums aus Produktivitätsentwicklung und Inflationsrate durch die Nominallohnvereinbarungen beeinflusst. Eine Nichtaus- schöpfung dieses Spielraums und damit ein Rückgang der nominalen Lohnstückkosten hat bei gewissen Preisstarrheiten auf dem Gütermarkt genauso einen Rückgang der bereinigten Lohnquote zur Folge wie die dauerhafte Erhöhung des Aufschlagsatzes auf die Lohnstückkosten im Rahmen der unternehmerischen Preissetzung auf unvollständigen Gütermärkten. Da die Sparquote aus Lohneinkommen geringer ist als die Sparquote aus Profiteinkommen, führt eine Umverteilung zu Lasten der Löhne zu einer Schwächung der Konsumnachfrage. Diesem unmittelbar kontraktiven Effekt eines Rückgangs der bereinigten Lohnquote auf das BIP-Wachstum stehen jedoch indirekte expansive Effekte gegen-

$$(1) \quad \hat{Y}_{i,t} = f(\Delta i_{i,t-1}^k, \hat{I}_{i,t}^G, BLQ_{i,t}, \hat{Y}_{USA,t}).$$

$$(2) \quad \hat{Y}_{i,t} = -0,12 * \Delta i_{i,t-1}^k + 0,04 * \hat{I}_{i,t}^G + 0,02 * BLQ + 0,35 * \hat{Y}_{USA,t} + 0,65 * \mu_{i,t-1} + e_{i,t}$$

(-2,62)	(2,26)	(3,69)	(3,79)	(8,44)
---------	--------	--------	--------	--------

t-Werte in Klammern,

White-Heteroskedastizität-konsistente Standardfehler und Kovarianzen,

adj. R² = 0,47,

DW = 1,88,

Anzahl der Länder: 11,

Anzahl der Beobachtungen: 184

Quelle: Europäische Kommission (2001), OECD (2001), SVR (1997), eigene Berechnungen

über. Erfolgt die Senkung der Lohnquote durch eine Absenkung der nominalen Lohnstückkosten, so ist hiermit eine Verbesserung der preislichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit des Außenbeitrages verbunden. Gleichzeitig ergeben sich Möglichkeiten für die Geldpolitik, bei einer nun geringeren Inflationsrate Zinssenkungsspielräume zu nutzen. Zudem bedeutet ein Rückgang der bereinigten Lohnquote steigende Stückgewinne für die Unternehmen mit ggf. stimulierenden Effekten für die privaten Investitionen. Da die expansiven Effekte einer Senkung der Lohnquote nur indirekt und höchst vermittelt auf das BIP-Wachstum wirken und daher sehr unsicher sind, gehen wir von einer Dominanz des direkt wirkenden kontraktiven Effekts einer Lohnquotenreduzierung aus und vermuten daher einen leicht positiven Zusammenhang zwischen bereinigter Lohnquote und BIP-Wachstum.

d) Der Einfluss des BIP-Wachstums in den USA (\hat{Y}_{USA}) auf das BIP-Wachstum in den EU-12-Ländern

Mit dem BIP-Wachstum in den USA als Determinante des BIP-Wachstums in den EU-12-Ländern soll zuletzt der Einfluss der Weltkonjunktur auf die makroökonomische Performance in der EU-12 eingefangen werden. Es ist hierbei von einem positiven Zusammenhang auszugehen, der sich nicht nur über die Außenhandelsbeziehungen herstellt, sondern auch über Vermögensmarktpreise, deren Einflüsse auf Investitionen und Konsum, sowie über Direktinvestitionen.

Fasst man zusammen, so wird also theoretisch der in Gleichung (1) formulierte Zusammenhang zwischen dem realen BIP-Wachstum (\hat{Y}) in den Ländern der Europäischen Währungsunion und den skizzierten Determinanten erwartet.

Wie die Ergebnisse unserer gepoolten Regression in Gleichung (2) zeigen, haben die vermuteten Einflussfaktoren die erwarteten Vorzeichen und sind auf dem 1 %-Niveau (Veränderung des realen kurzfristigen Zinssatzes, bereinigte Lohnquote, BIP Wachstum in den USA) bzw. auf dem 5 %-Niveau (Wachstum der realen öffentlichen Investitionen) signifikant.

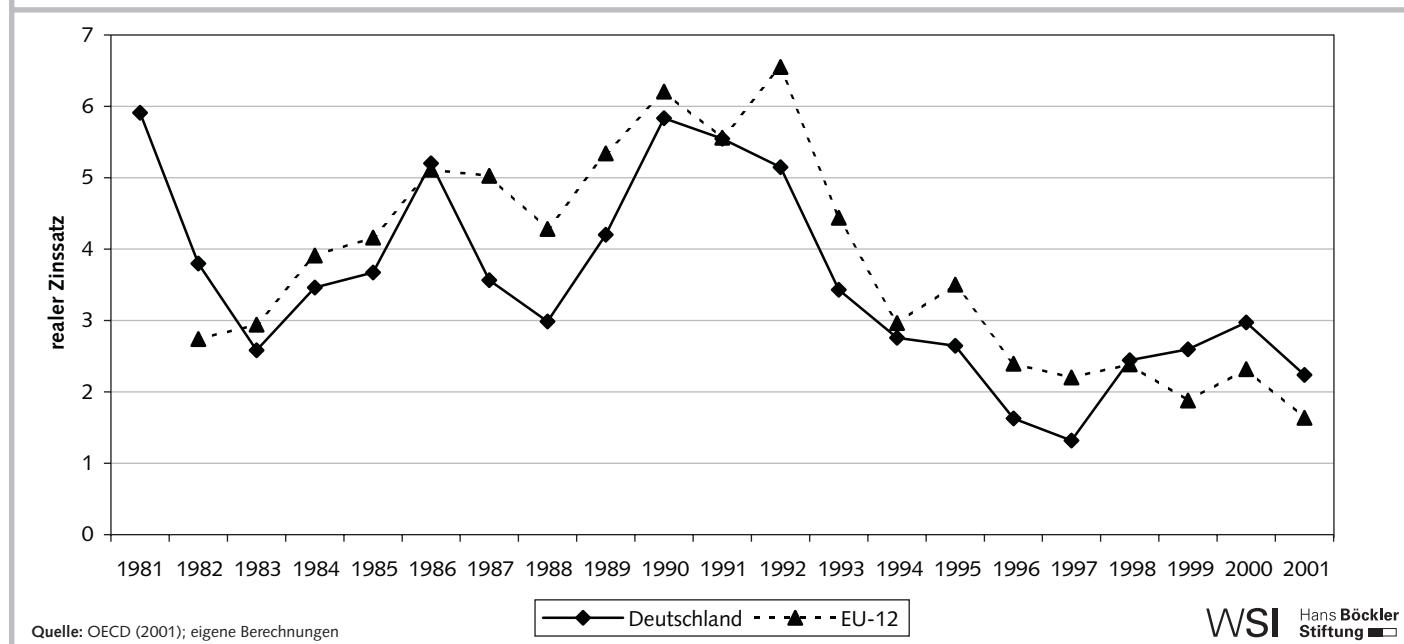
Die stärkste Reagibilität weist das BIP-Wachstum in den EU-12-Ländern gegenüber der Veränderung des kurzfristigen realen Zinssatzes in negativer Hinsicht und der BIP-Wachstumsrate in den USA in positiver Hinsicht auf. Eine geringere, gleichwohl signifikante, positive Reagibilität liegt gegenüber der Wachstumsrate der realen öffentlichen Investitionen und der bereinigten Lohnquote vor.

Der Term $\mu_{i,t-1} + e$ in Gleichung (2) beschreibt einen autoregressiven Prozess erster Ordnung, in dem die Wirkung der Störgröße μ , die in $t-1$ schon wirksam war und in t weiterhin wirkt, von der neuen Störgröße e in t getrennt wird. Hierdurch werden all die systematischen Faktoren eingefangen, die das BIP-Wachstum neben den hier identifizierten zusätzlich beeinflussen, insbesondere das BIP-Wachstum der Vorperiode.⁵

Betrachtet man die so identifizierten Determinanten des BIP-Wachstums gleichzeitig als wesentliche Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Performance einer Volkswirtschaft insgesamt, so sollten auch Abweichungen der Performance eines Landes vom EU-12-Durchschnitt durch die hier identifizierten Bestimmungsgrößen zu

⁵ Die Regressionsgleichung wies auch ohne autoregressiven Prozess erster Ordnung auf dem 1 %-bzw. dem 5 %-Niveau signifikante Schätzwerte mit den erwarteten Vorzeichen für die Koeffizienten auf, bei allerdings hoher Autokorrelation in den Residuen.

Abb. 4: Entwicklung der kurzfristigen realen Zinssätze in Deutschland und der EU-12 (1981-2001) in %



Quelle: OECD (2001); eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

erklären sein. Weist also eine Volkswirtschaft ein unterdurchschnittliches BIP-Wachstum auf – und hierdurch ausgelöst dann auch eine schlechtere Entwicklung bei Arbeitslosenquote und Haushaltskonsolidierung–, so sollte dies zu einem erheblichen Teil auf jeweils im Vergleich zum EU-12-Durchschnitt weniger stark fallende oder stärker steigende kurzfristige Realzinssätze, ein geringeres Wachstum der öffentlichen Investitionen und geringere Arbeitseinkommensquoten zurückzuführen sein. Zudem sollte eine höhere Verflechtung mit den USA eine stärkere außenwirtschaftlich vermittelte Betroffenheit bei einem dortigen Wachstumseinbruch zur Folge haben. Die Schlusslicht-Position der Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Hälfte der 90er Jahre kann nun genau durch diese Faktoren zu einem erheblichen Teil erklärt werden:

a) Durch die Herstellung der Europäischen Währungsunion hat Deutschland den mit der Rolle einer regionalen Leitwährung im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) verbundenen Zinsvorsprung gegenüber den anderen Ländern verloren. Schon im Konvergenzprozess kam es in den jeweiligen Ländern zu einer deutlichen Absenkung der kurzfristigen und langfristigen Nominalzinsen in Richtung des niedrigeren deutschen Niveaus bei einem insgesamt über die 90er Jahre leicht fallenden Trend der nominalen Zinssätze. Die Kon-

vergenz und der Rückgang der Nominalzinsen wurde von einer deutlichen Reduzierung der Realzinsen begleitet, die wegen der nominalen Konvergenz auf das deutsche Niveau in den anderen EU-12-Ländern im Trend über die 90er Jahre weitauß stärker war als in Deutschland, wo sich seit 1997 eine wieder steigende Tendenz abzeichnet (Abbildung 4). Seit 1998 liegt bei einem nun einheitlichen Nominalzinsniveau in der EU-12 der kurzfristige Realzins in Deutschland zudem über dem in der EU-12, weil die deutsche Inflationsrate im EU-12-Vergleich unterdurchschnittlich ist. Im Trend weniger deutlich fallende, seit Ende der 90er Jahre tendenziell steigende und über dem EU-12-Durchschnitt liegenden kurzfristige Realzinssätze können damit als ein wesentlicher Faktor für die relativ schlechte makroökonomische Performance der deutschen Wirtschaft ausgemacht werden.

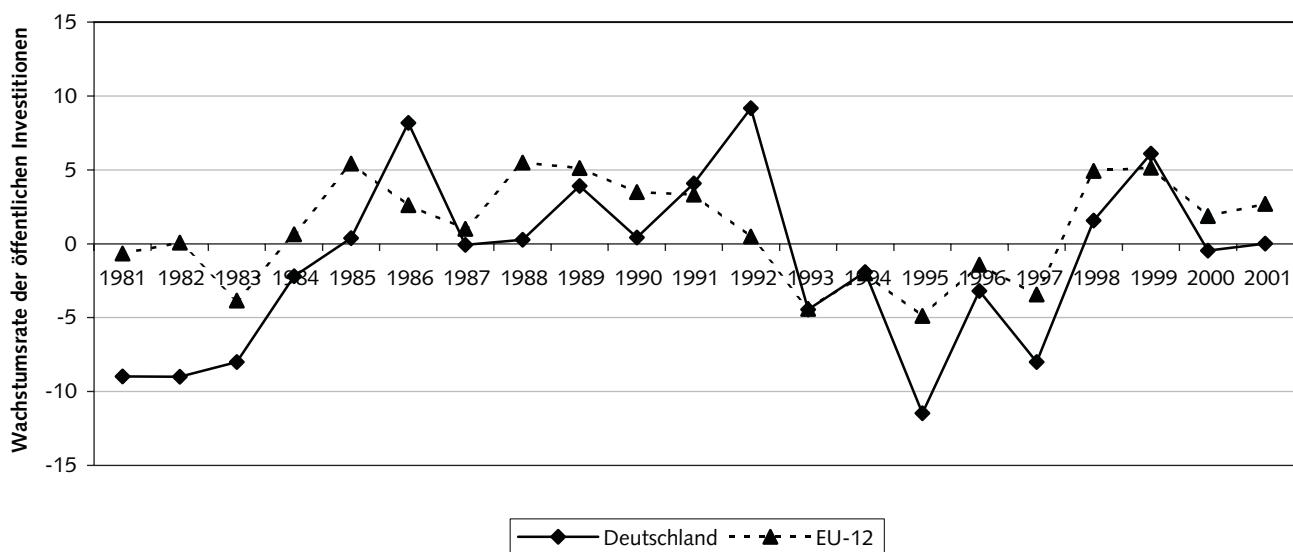
b) Die durch den Maastricht-Vertrag und den Stabilitätspakt von Amsterdam erzwungene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde in Deutschland stärker noch als in den anderen EU-12-Ländern durch eine Einschränkung der öffentlichen Investitionen betrieben. Die Wachstumsrate der öffentlichen Investitionen liegt in der Bundesrepublik seit 1996 deutlich unter dem EU-12-Durchschnitt; lediglich das Jahr 2000 bildet eine Ausnahme (Abbildung 5). Im Jahr 2001 liegt der Anteil der

öffentlichen Investitionen am BIP in Deutschland mit knapp 2 % daher erheblich unter dem EU-12-Durchschnitt von 2,5 %; nur in Belgien und Österreich wird ein noch geringerer Anteil am BIP durch die öffentlichen Haushalte investiert. Der stärkere Abbau der öffentlichen Investitionen und das geringe Niveau der öffentlichen Investitionstätigkeit kann damit ebenfalls für die Schlusslichtposition der deutschen Wirtschaft in der EU-12 mitverantwortlich gemacht werden.

c) Vor dem Hintergrund einer in der Tendenz allgemein fallenden bereinigten Lohnquote hat sich der Rückstand der deutschen Lohnquote gegenüber dem EU-12-Durchschnitt in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wieder vergrößert, nachdem in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein Aufholen gegenüber dem EU-12-Durchschnitt beobachtet werden konnte (Abbildung 6). Gerade im Konvergenz-Prozess ist es in Deutschland der Tarifpolitik also weniger als in den anderen Ländern gelungen, den Verteilungsspielraum aus Produktivitätswachstum und Inflationsrate auszuschöpfen. Die hierdurch verursachte stärkere Schwächung der Binnennachfrage hat damit ebenfalls zu der relativ schlechteren Performance der deutschen Volkswirtschaft beigetragen.

d) Die deutsche Wirtschaft ist nicht zuletzt etwas stärker von der Konjunktur in den

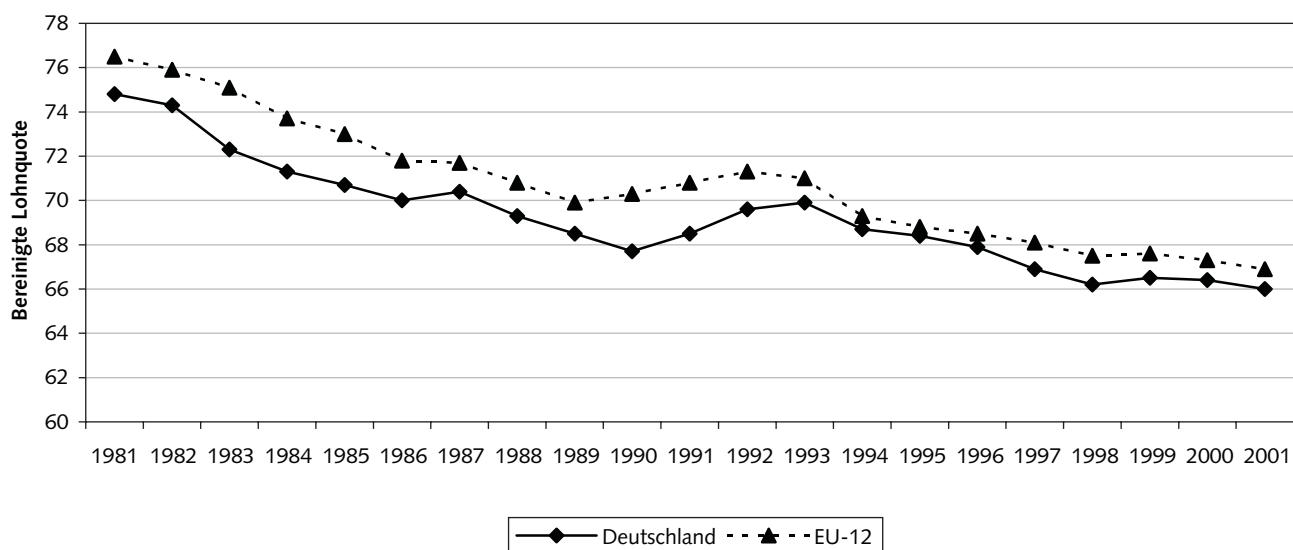
Abb. 5: Jährliche reale Wachstumsrate der öffentlichen Investitionen in Deutschland und der EU-12 (1981-2001) in %



Quelle: OECD (2001); SVR (1997); eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

Abb. 6: Entwicklung der bereinigten Lohnquoten in Deutschland und der EU-12 (1980-2001) in % des BIP zu Faktorkosten



Quelle: Europäische Kommission (2001)

WSI Hans Böckler Stiftung

USA abhängig als die anderen Länder des Euro-Raums (SVR 2001, S. 251 ff.). So lag z.B. der Anteil der nominalen Warenexporte in die USA am nominalen BIP für Deutschland im Jahr 2000 bei 3,0 %, für den Euro-Raum ohne Deutschland bei 2,5 %. Auch weist die Entwicklung der deutschen Aktienkursindizes einen höheren Korrelationskoeffizienten mit den US-Indizes auf als dies zwischen anderen EU-12-Ländern und den USA der Fall ist. Da-

neben erfolgt eine stärkere Konjunkturübertragung über die Direktinvestitionen. Der SVR (2001) kommt außerdem zu dem Resultat, dass sich negative konjunkturelle Veränderungen in den USA stärker auf Deutschland übertragen und auch persistenter sind als dies bei positiven Veränderungen der Fall ist. Trifft diese Einschätzung zu, so muss auch die stärkere Betroffenheit vom konjunkturellen Einbruch in den USA im Jahr 2001 als ein weiterer Fak-

tor gerade für die jüngste relativ schlechte deutsche Performance innerhalb der EU-12 angesehen werden.

3.3 FAZIT

Fasst man zusammen, so kann die Verschlechterung der deutschen makroökonomischen Position in der EU-12 in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf den Verlust des Zinsvorteils des ehemaligen Leitwährungs-

landes im EWS, auf ein übermäßiges Zurückfahren der öffentlichen Investitionen im Rahmen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, auf eine geringere Ausschöpfung des Verteilungsspielraums durch die Tarifvereinbarungen sowie auf eine stärkere Betroffenheit von negativen Entwicklungen der US-Konjunktur zurückgeführt werden. Der Verlust des Zinsvorteils durch die Herstellung der Europäischen Währungsunion ist nun ein Einmaleffekt, dessen Wirkung auf die kom-

parative Wachstums- und Beschäftigungsperformance wirtschaftspolitisch hinzunehmen ist. Gleichwohl weist der starke Einfluss der Veränderung des realen kurzfristigen Zinssatzes auf das BIP-Wachstum der EU-12-Länder auf die Notwendigkeit einer zukünftig stärker wachstumsorientierten Geldpolitik der EZB für den Euro-Raum als Ganzes hin. Die relativ stärkere Betroffenheit des deutschen Wachstums von der US-Konjunktur könnte durch eine Stärkung der Binnennachfrage reduziert

werden. Hierfür wären sowohl eine Aufstockung der öffentlichen Investitionen als auch eine bessere Ausschöpfung des lohnpolitischen Verteilungsspielraums erforderlich, wovon zudem erhebliche eigenständige Effekte auf das Wirtschaftswachstum ausgehen. Gelingt in diesen Bereichen kein Kurswechsel, dann wird sich Deutschland mittelfristig mit der Position des Schlusslichts in Europa abfinden müssen.

LITERATUR

- Bondt, G.J.D.** (2000): Financial Structure and Monetary Transmission in Europe: A Cross-Country Study, Cheltenham u.a.
- Deutsche Bundesbank** (2001): Geschäftsbericht 2001
- Deutsche Bundesbank** (2002): Monatsbericht März 2002
- Europäische Kommission** (2001): Europäische Wirtschaft 72, Luxemburg
- Institute** (2002): Gemeinschaftsdiagnose der sechs größten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., in: DIW-Wochenbericht 17–18
- Hein, E./Mühlaupt, B./Truger, A.** (2001): Der WSI-Standortbericht 2001: Eine makroökonomische Perspektive, in: WSI Mitteilungen 6, S. 351–358
- IMF** (2002): International Monetary Fund: World Economic Outlook, Recessions and Recoveries, April
- Kalmbach, P.** (2000): Höhere Arbeitsmarktflexibilität oder flexiblere Wirtschaftspolitik? Zu den Ursachen der unterschiedlichen Beschäftigungsentwicklung in den USA und in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe „Wirtschaftspolitische Diskurse“, 132, Bonn
- Krokow, A.** (2002): Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten, in: Wirtschaft und Statistik 2, S. 116–122
- OECD** (1999): Employment Protection and Labour Market Performance, in: OECD Employment Outlook, June, S. 47–132
- OECD** (2001): Economic Outlook 70, Daten auf CD-Rom, Paris, Dezember 2001
- Priewe, J.** (2002): Fiskalpolitik in einem makroökonomischen Wachstums- und Beschäftigungskonzept, in: Truger, A./Welzmüller, R. (Hrsg.), Chancen der Währungsunion nutzen – koordinierte Politik für Beschäftigung und moderne Infrastruktur, Düsseldorf, S. 75–104
- Schettkat, R.** (2001): Sind Arbeitsmarktrigiditäten die Ursache der Wirtschaftsschwäche in Deutschland? Der niederländische und deutsche Sozialstaat im Vergleich, in: WSI Mitteilungen 11, S. 674–684
- Siebert, H.** (2002): Die deutsche Wirtschaft verliert Weltmarktanteile, in: Handelsblatt vom 25./26.1., S. 10
- SVR** (1997): Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 13/9690
- SVR** (2001): Jahresgutachten 2001/02 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 14/7569
- Truger, A.** (2002): Fiskalpolitik in der EU von 1970 bis 2000: Eine Zusammenstellung und Kommentierung zentraler fiskalpolitischer Indikatoren, in: Truger, A./Welzmüller, R. (Hrsg.), Chancen der Währungsunion nutzen – koordinierte Politik für Beschäftigung und moderne Infrastruktur, Düsseldorf, S. 17–74.